

wicklungen in Osteuropa und in der Sowjetunion die Befürchtungen über Auflösungserscheinungen in den eigenen Machtbereichen verstärkt zu haben. Beide Seiten betonten daher die Notwendigkeit, nicht vom Wege des Sozialismus abzuweichen. Die Leistungen der koreanischen Arbeiterpartei unter Führung Kim Ilungs werden in diesem Zusammenhang von chinesischer Seite offensichtlich wieder besser bewertet, als das in der Vergangenheit der Fall war. Es verwundert nicht, wenn "das chinesische Volk offen hofft, daß das koreanische Volk noch größere Erfolge beim sozialistischen Aufbau erzielen wird". Dennoch erscheint bemerkenswert, daß in den chinesischen Kommentaren zu Jiang Zemin's Besuch offen keine kritischen Bemerkungen gegenüber Südkorea und seiner Regierung zu finden sind. (SWB, 16. und 19.3.90) -ma-

*(15)

Thailands Außenminister in Beijing

Anlässlich des Besuchs des thailändischen Außenministers Siddhi Savetsila in Beijing Ende März wurde von chinesischer Seite betont, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter vertieft werden sollten. Seit vor 15 Jahren die gegenseitige diplomatische Anerkennung erfolgte, habe sich das bilaterale Verhältnis gut entwickelt. Laut Ministerpräsident Li Peng sei es sogar zu einer Art "Modell für die Beziehungen zwischen Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen" geworden. Trotz der großen Veränderungen in Ost- und Südostasien während der letzten zwei Jahrzehnte "haben sich die Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen China und Thailand einer dauerhaften Konsolidierung und Vertiefung erfreut". (XNA, 10. und 28.3.90) -ma-

Innenpolitik

*(16)

3. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses

Die 3. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses schloß am 4. April mit einer Resolution, die, wie nicht anders zu erwarten, den Bericht zur Arbeit der Regierung durch Ministerpräsident Li Peng als Ausdruck großen Erfolges

wertete. Kritische Töne, die bei früheren Sitzungen des Kongresses für eine begrenzte Meinungsvielfalt gesorgt hatten, wurden durch eine neue "Einheitlichkeit" abgelöst. Wie in alten Zeiten wurden "große geschichtliche Siege bei der Konsolidierung und Ausdehnung der sozialistischen Position in China" verkündet. Zwar sei China "letztes Jahr durch schwere Prüfungen gegangen", aber man habe "die zahlreichen Schwierigkeiten überwunden" und ein Klima der Stabilität geschaffen, in dessen Rahmen die "Verwirklichung der strategischen Ziele des sozialistischen Modernisierungsprogramms" in Angriff genommen werden können. Die neue "politische und gesellschaftliche Stabilität" bilde die Basis für ein stetiges wirtschaftliches Wachstum und die Entwicklung der Volkswirtschaft. Der "wirtschaftliche Aufbau als Hauptaufgabe" könne nur durch das "Festhalten an den vier Grundprinzipien" gesichert werden. "Alle Anstrengungen müssen unternommen werden, um die sozialistische Demokratie und das Gesetzssystem weiter zu verbessern, die demokratischen Rechte der Bürger zu gewährleisten, die öffentliche Sicherheit, nationale Einheit und Erziehung zum Patriotismus, Kollektivismus, Sozialismus und zur nationalen Verteidigung zu stärken sowie die ideologische und politische Arbeit, den Aufbau der sozialistischen Kultur und Ideologie, den Kampf gegen bürgerliche Liberalisierung zu vertiefen, um die politische Situation der Stabilität und Einheit zu konsolidieren und zu entwickeln."

Die Resolution geht ferner davon aus, daß "1990 ein Jahr von entscheidender Bedeutung für die Berichtigung der Wirtschaft und die Vertiefung der Reform" sei. Zu diesem Zweck werden der Staatsrat und die örtlichen Regierungsorgane aufgefordert, der landwirtschaftlichen Entwicklung verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen und "die Bemühungen fortzusetzen, das Ausmaß der Investitionen in das Anlagevermögen unter Kontrolle zu halten, das übermäßige Wachstum der Verbrauchsfonds in den Griff zu bekommen und sicherzustellen, daß Preissteigerungen niedriger ausfallen als im Vorjahr." Ferner müsse "der Umbau des wirtschaftlichen und politischen Systems weiter vorangebracht werden und das sozialistische System weiter ausgestaltet werden. Die Initiative und Kreativität des Volkes muß voll ins Spiel gebracht werden, um die Volks-

wirtschaft auf den Weg der dauerhaften, stabilen und koordinierten Entwicklung zu bringen."

Neben den Fragen der Wirtschaft beschäftigte die Resolution sich auch mit Problemen des Gesetzeswesens. Vor allem gehe es um die "Eliminierung der Korruption, die vom Volke zutiefst gehaßt" werde. Es sei "notwendig, Gesetze, Bestimmungen und Verfahren einzuführen und zu verbessern, die dem Kampf gegen die Korruption dienen und zum Aufbau einer sauberen und ehrlichen Regierung führen und den Mechanismus der Überwachung vervollständigen".

Auch für den Bereich der Außenpolitik wiederholte die Resolution seit langem bekannte Wortrituale. So wird u.a. versichert, daß "China in der gegenwärtigen internationalen Situation seine Außenpolitik der Unabhängigkeit und des Friedens aufrechterhält, daß es sich resolut dem Hegemonismus widersetzt, den Weltfrieden sichert, friedliche Beziehungen mit allen Ländern auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufrechterhält und entwickelt, daß es die Einheit und Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt stärkt, daß es angemessene Anstrengungen unternimmt, um für eine neue politische und wirtschaftliche Weltordnung zu kämpfen und Frieden und Entwicklung in der Welt zu fördern".

Während des Tagungsverlaufs wurden mehrere neue Gesetzesentwürfe diskutiert. Von besonderer Bedeutung war dabei der Gesetzesentwurf zum "Grundgesetz der Sonderverwaltungszone Hongkong". Von seiten des Präsidiums des Volkskongresses wurde dazu die Überzeugung geäußert, daß "das Gesetz ein sehr bedeutendes Gesetz in China und ein schöpferisches Meisterstück von geschichtlicher und internationaler Bedeutung" sei. Die "Bestimmungen des Grundgesetzes der Sonderverwaltungszone Hongkong sind realistisch und durchführbar". Dies gelte vor allem für die vorgesehenen "Verfahren zur Bildung der ersten Regierung und des ersten Legislativrates der Sonderverwaltungszone Hongkong". (XNA, 2. und 4.4.90) -ma-

*(17)

Interview mit Hu Qili

Während der 3. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses wurde das frühere Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der Kommunisti-

schen Partei Chinas, Hu Qili, von der Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* interviewt. Hu, der im Volkskongreß in der Vergangenheit eine prominente Rolle spielte, hatte während der Tagung nicht auf dem ihm formal zustehenden Podiumssitz Platz genommen. Am 3. April 1990 nahm er jedoch an einem Treffen teil, "um seiner Stimmabgabepflicht nachzukommen". Während dieses Vorganges wurde er von vielen Volkskongreßvertretern umringt, die "ihn um ein Autogramm baten und die wünschten, mit ihm zusammen fotografiert zu werden". Hu wurde daraufhin von der *Wen Wei Po* wie folgt befragt:

"Während der NVK-Sitzung im letzten Jahr saßen Sie auf dem Podium, aber in diesem Jahr sitzen Sie dort nicht. Wie fühlen Sie sich augenblicklich?"

Hu Qili: "Was spielt das für eine Rolle? Wir haben immer über die Möglichkeit gesprochen, aufzusteigen und abzustiegen. Was mich betrifft, soll ich nur die Fähigkeit zum Aufstieg, aber nicht die Fähigkeit zum Abstieg haben? Man muß in der Lage sein, auf- und abzustiegen."

WWP: "Obgleich Sie nicht auf dem Podium sitzen, gibt es viele Vertreter, die Ihr Autogramm wollen und die anlässlich dieser Gelegenheit mit Ihnen fotografiert werden wollen. Wie fühlen Sie sich in diesem Augenblick?"

Hu (Stille für einen Augenblick): "Das bedeutet nichts. Jedermann möchte eine Unterschrift und ein Bild mit jemand anders haben (er lächelte erneut). Die haben mich nicht gebeten, Schecks zu unterzeichnen oder zur Bank zu gehen, um Geld abzuheben oder zu überweisen. Warum sollte ich nicht unterzeichnen? So einfach ist das."

WWP: "Haben Sie irgendwelche besonderen Gedanken oder Gefühle?"

Hu: "Kaum, danke."

Auf die weitere Frage, ob Hu "irgendwelche konkreten Verwaltungspflichten ausübe", antwortete der Befragte, er sei Mitglied des Volkskongresses und Mitglied des Zentralkomitees. Dann bat Hu Qili die Reporter höflich, ihn zu entschuldigen, denn er wolle weder eine Pressekonferenz abhalten noch Fragen beantworten. (SWB, 6.4.90) -ma-

*(18) Jiang Zemin trifft Intellektuelle

Direkt nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission der Volksrepublik China am 3. April 1990 traf sich Jiang Zemin, der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, mit einer Gruppe von Intellektuellen, die als "Spur unternehmerischer Menschen" bezeichnet wird. Jiang forderte die Teilnehmer auf, "das Erbe der feinen Tradition chinesischer Intellektueller aufzunehmen und vorwärtszutragen, den Patriotismus zu fördern, sich mit den Massen zusammenzuschließen und hart zu kämpfen". Während der Gespräche berichteten die sog. Intellektuellen, wie es heißt, von ihren "persönlichen Erfahrungen im Reifeprozess". Selbstverständlich "drückten sie ihre Liebe für das sozialistische Mutterland aus, sprachen über ihre Hingabe an die Arbeit und an die wissenschaftliche Forschung, ihren harten Kampf und ihr heißes Begehren nach einem starken China". Vonseiten Jiang Zemins wurden sie als "herausragende Repräsentanten der drei Generationen alter, mittlerer und junger Intellektueller des Landes" bezeichnet, die "große Leistungen für den Staat und das Volk" vollbracht haben. Insbesondere sei zu vermerken, daß sie "einen guten Einfluß auf die jungen Studenten ausüben". (SWB, 9.4.90) -ma-

*(19) Stärkung politischer Stabilität gefordert

Qiao Shi, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und zuständig für Sicherheitsfragen, forderte Anfang April vor dem VII. Nationalen Volkskongreß in einer längeren Rede, daß verstärkte Bemühungen um die "gesellschaftliche und politische Stabilität" unternommen werden müßten. Nach Qiaos Meinung sei es "nicht genug, sich bloß auf die Regierung und die gesetzlichen Organe zu verlassen, um Verbrechen zu verhindern und zu bekämpfen. Alle Sektoren der Gesellschaft werden zu umfassenden Anstrengungen aufgerufen." Nur durch verstärkte Kontrollen und durch strikte Anwendung der Gesetze könne China "allmählich zu einem Land werden, das durch sozialistische Demokratie und ein sozialistisches Gesetzssystem charakterisiert" wird. Bisher sei die Situation immer noch durch "eine mangelnde

de Anwendung der Gesetze" gekennzeichnet. Persönliche Beziehungen und willkürliche Eingriffe "beeinträchtigen die normale Anwendung der Gesetze bis zu einem gewissen Maß". Eine wesentliche Voraussetzung zur Stärkung der Gesetze sei eine größere Disziplin innerhalb des Parteiapparats. "Um die gesellschaftliche Stabilität zu festigen, müssen wir die Basisorganisationen unserer Partei stärken und einerseits die politische und ideologische Arbeit korrekt durchführen und andererseits den Aufbau des Gesetzessystems fortführen und die Durchsetzung der Gesetze intensivieren." Darüber hinaus müsse "jeder chinesische Bürger und jedes Mitglied der Kommunistischen Partei die große Bedeutung der Frage der politischen Stabilität" erkennen. "Wenn es soziale Unruhen gibt, kann keine Politik, gleich wie gut sie sein mag, durchgeführt werden, und nichts kann erreicht werden."

Abweichend von Qiao Shi wies Rong Yiren, Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, darauf hin, daß nicht nur die Basisorganisationen an die gegebenen Gesetze gebunden sein sollten. "Um die politische Stabilität und Einheit zu sichern, muß die Regierung ehrlich und sauber sein, alle Gesetze müssen streng durchgesetzt werden und Probleme, die sich aus ungleicher Verteilung ergeben, müssen angemessen gelöst werden." (XNA, 30.3. und 2.4.90) -ma-

*(20) Sondereinsatzpolizei

Die chinesischen Behörden haben seit Beginn des Jahres den Aufbau von Provinz- und Stadtsondereinheiten der "Bewaffneten Polizei" beschleunigt. Diese Sonderkräfte, die den Büros für öffentliche Sicherheit unterstehen, sollen als "mobile Kräfte für Schnelleinsätze" in erster Linie bei "Aufruhr, Unruhe, Rebellion und anderen Erscheinungen der Gewalttätigkeit" Verwendung finden. In Kanton z.B. verfügt das örtliche Korps über insgesamt 1.000 Männer mit "voller Kampfausrüstung", um "Verletzungen der öffentlichen Sicherheit wie Zusammenkünfte, die Wirrwarr stiften, bewältigen zu können" und um "die gesellschaftliche Ordnung aufrechtzuerhalten". In Beijing wurden ähnliche Einheiten während des Frühlingsfestes am Tiananmen-Platz eingesetzt, um mögliche Demonstrationen von Beginn an zu unterbinden. (SWB, 6.4.90) -ma-

*(21)
Zeitungswesen

Trotz der Anordnung, solche "Publikationen, die gegen die staatlichen Bestimmungen verstoßen, zu untersagen", ist die Zahl der in ganz China verbreiteten Zeitungen und Magazine 1989 leicht angestiegen. Anfang 1990 erschienen 3.944 Zeitungen und Magazine (Anfang 1989: 3.830). Mit 157 Mio. Exemplaren wurde ein Anstieg um 2,2% erzielt. Die Finanzierung der Zeitungen erfolgt zu 65% aus öffentlichen Mitteln, "der Rest wird durch private Bezieher bezahlt". Den größten Anstieg verzeichnete das *Journal des chinesischen Kindes*, dessen Auflage sich um 36,9% erhöhte. Bei den großen Tageszeitungen des Landes ergab sich ein Anstieg von 6,3%, wodurch "17,7 Exemplare auf jeweils 100 Menschen entfallen". Ein deutliches Gefälle ergibt sich zwischen Stadt und Land. Während in den Städten auf jeweils 100 Menschen 56,1 Exemplare entfallen, sind es im ländlichen Bereich nur 11,2.

Insgesamt wurde 1989 die Veröffentlichung von 190 Publikationen eingestellt. Die bekanntesten Fälle sind der *Weltwirtschaftsbericht* aus Shanghai und die *Chinesischen Filmmnachrichten* aus Beijing. (XNA, 29.3.90) -ma-

*(22)
Untersuchung gegen Zhaos Sohn

Das Ministerium für Überwachung unter dem Staatsrat hat Anfang April bekanntgegeben, daß Untersuchungen eingeleitet worden seien, um die "Beteiligung Zhao Dajuns, Sohn des früheren Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas, Zhao Ziyang, in Fällen des Mißbrauchs von Macht zu persönlichem Vorteil" aufzuklären. "Gewisses Beweismaterial ist gesammelt worden, und ein Bericht wird nach der Untersuchung vorgelegt." Nach Aussagen des Ministeriums seien Zhao Dajuns "geschäftliche Aktivitäten nicht auf Shenzhen beschränkt gewesen". Auf Fragen, wieweit die Ermittlungen gegen Zhao gehen und ob das Ministerium auch gegen andere hochgestellte Persönlichkeiten Untersuchungen einleiten werde, wick Minister Wei Jianxing weitgehend aus. "Das Ministerium für Überwachung wird sich nicht direkt in die Fälle einmischen." Auch hinsichtlich der Frage

nach der Offenlegung der Einkommens- und Eigentumsverhältnisse führender Kader des Landes hieß es, "es gebe in dieser Hinsicht Schwierigkeiten, so z.B. wer dafür verantwortlich sei, einen Bericht vorzulegen... und wer verantwortlich sei, die Dinge nach Vorlage des Berichts zu überprüfen". Auch auf die Frage, "ob Schwierigkeiten bei der Überprüfung größerer Fälle einiger Spitzenführer aufgetreten seien", sagte Wei, daß die spezifischen Fälle noch untersucht werden. "Es ist ziemlich schwierig, Beweismaterial zu erlangen. Ferner sind einige Berichte zu allgemein, und das Beweismaterial reicht zur Klärung nicht aus." (SWB, 5.4.90) -ma-

*(23)
Xinjiang-"Separatismus"

Die seit längerem schwelenden Unruhen unter den nationalen Minderheiten des Autonomen Gebiets Xinjiang, insbesondere unter den Turkvölkern, seien nach Aussagen Tomur Dawamats, Vorsitzender der Xinjiang-Volksregierung, kein Beweis dafür, daß das politische Klima zwischen Chinesen und den nationalen Minderheiten schwierig sei. "Die Region ist trotz der separatistischen Bemühungen einer Handvoll von Leuten, die die Einheit aller Nationalitäten sabotieren wollen, stabil, denn die Massen aller Nationalitäten werden so etwas nie zulassen." Insbesondere sei kein Zweifel daran erlaubt, daß "die Menschen aller Nationalitäten die Führung durch die Kommunistische Partei Chinas, den Sozialismus und die Einheit des Mutterlandes unterstützt. Die Praxis zeigt den Menschen aller Nationalitäten, daß die Führung der Kommunistischen Partei Chinas korrekt ist und daß die Nationalitätenpolitik der Partei erfolgreich ist. Gewisse Schwierigkeiten ergäben sich allenfalls aus den "großen Veränderungen in der Welt, in der die bürgerliche Liberalisierung verfolgt wird, die die nationale Einheit sabotieren und separatistische Bemühungen in der nationalen Frage fördern" will. Diese Fehlentwicklungen werden von "feindlichen Kräften im Ausland" gestützt; sie seien jedoch zu gering an Zahl, um größere Schwierigkeiten zu verursachen. "Es handelt sich nur um eine Handvoll junger Menschen, die weniger als 1% der Bevölkerung ausmachen." Auf die Frage, ob die Ereignisse in der Sowjetunion, insbesondere

die Bewegung in den baltischen Staaten, Einfluß auf das Klima in Xinjiang habe, antwortete Tomur Dawamat, daß "die jüngsten Veränderungen in der Sowjetunion und in Osteuropa starke Auswirkungen auf die ganze Welt haben, China ist keine Ausnahme... Die Menschen in Xinjiang wissen, was in der UdSSR geschehen ist, aber hier sind die Dinge ganz anders als dort. Natürlich werden einige Menschen die Unabhängigkeit Xinjians fordern, dies ist früher auch geschehen, es geschieht heute, und es wird in Zukunft geschehen. Wir werden uns entschieden dagegen zur Wehr setzen. Die Spaltung des Vaterlandes ist Konterrevolution. Wir werden nach dem Gesetz handeln und Leute, die in solche Verbrechen verwickelt sind, verhaften, sie verurteilen, aber von der Todesstrafe absehen." Im Extremfall würde das Kriegsrecht in Xinjiang ebenso ausgerufen werden wie in Tibet. (SWB, 2.4.90) -ma-

*(24)
Wohlfahrtsdienst

Nach Aussagen der chinesischen Behörden sind "während der letzten vierzig Jahre im Bereich der Wohlfahrtsleistungen bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden, aber es müssen neue Verfahren gefunden werden, um mit den neuen Anforderungen von heute fertig zu werden". Insgesamt seien während der letzten vier Jahrzehnte 17 Mrd. Yuan (rd. 3,4 Mrd. US\$) an Katastrophenhilfe geleistet worden sowie 200 Mio.t Getreide an Katastrophenopfer verteilt worden. Darüber hinaus "sind ländliche Gebiete, die nicht in der Lage sind, genügend Getreide zur Ernährung der Bevölkerung zu erzeugen, gleich aus welchen Gründen, mit Hilfsgetreide von staatlicher Seite beliefert worden". Insgesamt belief sich die Zahl der Betroffenen auf 10 Millionen Familien. In Zukunft müssen jedoch neben der Regierung andere Organisationen in diesem Bereich tätig werden. "Statt daß die Regierung versucht, alles für jedermann zu sein, eine unmögliche Aufgabe heutzutage, muß ein neues System, das Regierungsorganisationen mit Kollektiv- und Kooperativunternehmungen, Assoziationen und Individuen zusammenfügt, zu operieren beginnen." Dies gelte vor allem für "große Dörfer und Städte, in denen die Lebensbedingungen besser sind als in den rückständigen

gen Gebieten." Hier sollen "Altersrenten und andere Wohlfahrtsleistungen für die Bevölkerung eigenständig bereitgestellt werden und staatliche Unterstützung nur geringfügig in Anspruch genommen werden." Problematisch entwickelt sich die Situation vor allen Dingen in den Städten, die einem beschleunigten "sozialen Wandel unterliegen". Das "zunehmende Alter der Bevölkerung, die Abnahme der Familiengröße und das schnellere Lebens-tempo haben viele neue Probleme verursacht, die mit neuen Lösungen angegangen werden müssen." Dennoch bleibt nach wie vor die Bekämpfung der ländlichen Armut das Hauptproblem. Während der letzten zehn Jahre habe sich die Zahl der ländlichen Familien "unterhalb der Armutsebene" halbiert. (XNA, 28.3.90) -ma-

*(25)

Anstieg der Kriminalität

Aus einem Bericht Ren Jianxins, des Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofes, geht hervor, daß die Kriminalität in China 1989 weiter angestiegen ist. Insgesamt hätten die Gerichte des Landes auf allen Ebenen 392.564 Strafprozesse durchgeführt, was einem Anstieg von 25,3% gegenüber 1988 entspricht. Die Zahl der verurteilten Angeklagten stieg um 30,9% auf 482.658. In dieser Gesamtzahl sind 105.818 Verurteilte enthalten, die "die wirtschaftliche Ordnung ernsthaft gestört" haben. Die Zahl der Verurteilten stelle jedoch nur einen Bruchteil derjenigen dar, die Gesetzesverstöße begangen haben. "Diejenigen, die von den Volksgerichten nach dem Gesetz verurteilt wurden, stellten nur die kleine Zahl derjenigen Straftäter dar, die sich an Zerstörungen, Plünderungen, Brandstiftung und Mord während der Unruhen und Rebellionen beteiligt hatten und die die nationale Sicherheit gefährdet und das Gesetz verletzt hatten, indem sie Verschwörungen organisierten und politische Unruhen oder konterrevolutionäre Rebellionen lenkten, die darauf ausgerichtet waren, die politische Macht der demokratischen Diktatur des Volkes und des sozialistischen Systems zu stürzen." Im Gegensatz dazu sei die "große Zahl der Teilnehmer, die die wahren Fakten nicht kannten", nachsichtig behandelt worden. Ihnen gegenüber "wurde die Politik der Erziehung eingesetzt". Ren kritisierte "feindselige ausländische

Kräfte, die uns angriffen, indem sie behaupteten, daß wir geheime Verfahren durchgeführt und geheime Urteile gesprochen hätten, daß wir offene und faire Verfahren nicht zugelassen hätten, und daß wir die Menschenrechte verletzt hätten... Dies ist eine rein böserartige Verleumdung der Rechtsorgane und des Rechtssystems unseres Landes".

Von besonderer Bedeutung scheint die Tatsache, daß "in einer großen Zahl von Orten während der letzten Jahre ein Aufwärtstrend in der Jugendkriminalität sichtbar geworden ist. Der Anstieg der Zahl von Verbrechen, die von Jugendlichen begangen wurden, ist zu einem ernsthaften sozialen Problem geworden, das in der Bevölkerung zu Besorgnis geführt hat." (SWB, 3.4.90) -ma-

Kultur

*(26)

China plant Reform der Hochschulaufnahmeprüfungen

China plant bis zum Jahre 1994 eine Reform der Hochschulaufnahmeprüfungen. Ziel der Reform ist es, die Zahl der Fächer in den nationalen Aufnahmeprüfungen zu reduzieren. Gegenwärtig müssen die Abiturienten, die sich um einen Studienplatz an einer Universität oder Hochschule bewerben, eine mehrtägige nationale Prüfung in 6-7 Fächern absolvieren. Bewerber für ein natur- oder ingenieurwissenschaftliches Studium müssen die Prüfung in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, chinesische Literatur, Politik und einer Fremdsprache ablegen, Bewerber für ein geisteswissenschaftliches Studium in chinesischer Literatur, Politik, Geographie, Geschichte, Mathematik und einer Fremdsprache. Nach dem neuen System können Oberschüler gleich nach Absolvierung eines Pflichtkurses eine Prüfung ablegen. Bestehen sie den Kurs, können sie an der Hochschulaufnahmeprüfung teilnehmen, brauchen dann aber nur in 3 oder 4 Fächern eine Prüfung abzulegen. Die neue Regelung wird derzeit bereits in neun Provinzen und Städten ausprobiert. Dies gab Li Tieying, Staatsrat

und Vorsitzender der Staatlichen Erziehungskommission, anlässlich einer Diskussion über Li Pengs Rechenschaftsbericht der Regierung mit Vertretern des NVK aus Sichuan bekannt. (XNA, 25.3.90)

Die beabsichtigte Reform soll offenbar dazu beitragen, den Prüfungsstreß und die Belastung der Lehrer bei den nationalen Aufnahmeprüfungen zu mindern. Anstatt alles von der Aufnahmeprüfung abhängig zu machen, soll jetzt die Gesamtleistung des Schülers während seiner letzten Schuljahre mehr berücksichtigt werden. -st-

*(27)

Förderung postdoktoraler Forschung

In den vergangenen fünf Jahren sind in China 595 Wissenschaftler im Anschluß an ihre Promotion weiter ausgebildet worden. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten standen für jeden Wissenschaftler im Rahmen dieses postdoktoralen Forschungsprogramms 150.000 Yuan pro Jahr an Forschungsmitteln zur Verfügung, ein Vielfaches der Summe, die normalen Forschern zur Verfügung steht. China hat außerdem eine Stiftung für postdoktorale Studien mit einem Stiftungskapital von 10 Millionen Yuan und 2 Millionen US-Dollar gegründet. Bisher haben 304 Personen insgesamt 2,3 Millionen Yuan und 60.500 US-Dollar aus dem Stiftungsfonds erhalten. Das von Deng Xiaoping angeregte Forschungsförderungsprogramm für postdoktorale Studien begann im Juli 1985. Ein Fünftel aller nach Erlangung des Doktorgrades aus dem Ausland zurückgekehrten Studenten wurde bisher für das Programm ausgewählt. Zu seiner Durchführung wurden 159 Zentren für postdoktorale Studien an 93 Hochschulinstitutionen eingerichtet. (XNA, 18.3.90)

Mit dem Programm zur Förderung postdoktoraler Forschung soll zweierlei bezweckt werden: Zum einen braucht der Staat für sein Modernisierungsprogramm hochqualifizierte Forscher, zum anderen soll ein Anreiz für im Ausland Studierende geschaffen werden, in die Heimat zurückzukehren. Abgesehen davon, daß ohnehin nur ein geringer Teil der chinesischen Auslandsstudenten nach China zurückkehrt, ziehen gerade viele wissenschaftlich ambitionierte Jungakademi-